

NACH-DENKEN

Thomas Dehler und seine Politik

Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland

Nicolai

Thomas Dehler und Konrad Adenauer

Erich Mende hat einmal gesagt, Thomas Dehler sei im ersten Deutschen Bundestag wohl »der leidenschaftlichste Vertreter der Regierungspolitik und ein offener Bewunderer Konrad Adenauers« gewesen. In einer Titelgeschichte des SPIEGEL über Thomas Dehler im August 1953 hieß es, Dehler habe dem Kanzler vier Jahre lang so loyal im Kampf um die Westverträge gedient wie kaum ein anderer Minister. Wie ein aufrichtiger Schuljunge habe Dehler sich vom Parlament auslachen lassen, weil er treuherzig bekannte: »Ich will nicht das große Wort gebrauchen, ich sei ein Politiker. Wer ist das? Vielleicht ein Mann im Saal: der Bundeskanzler Konrad Adenauer. Sonst keiner.«

Wenige Jahre später war die Bewunderung in schroffe Ablehnung umgeschlagen. Vor dem FDP-Hauptausschuß sagte Dehler: »Konrad Adenauer ist ein Feind Berlins, Konrad Adenauer ist der Feind Preußens, Adenauer ist ein Feind des Reiches.« Aus dem Munde Dehlers, der stets an der Reichsidee festhielt, war dies sicher der schlimmste Vorwurf. Aber Dehler beließ es nicht dabei, die politische Konzeption Adenauers zu kritisieren. Adenauer sei, so erklärte er jetzt, »ein starrsinniger Mann, er ist ein Mann, der auf sich bezogen ist, er ist ein Mann, der nur sich sieht, ein Mann, der sich nicht vorstellen kann, daß es irgend etwas, oder gar diesen Staat, ohne ihn geben könnte.« Adenauer sei ein Mann, der das Recht, die Wahrheit und den ganzen Staat verderbe. Gegenüber Rudolf Augstein nannte er Adenauer sogar den »Vater der Lüge«.

Wie kam es zu diesem Wandel? Manche Historiker haben den Wandel von Dehlers Einstellung zu Adenauer aus der Enttäuschung darüber erklärt, daß dieser ihn 1953 nicht mehr in das Kabinett nahm. Diese Erklärung kann aus mehreren Gründen nicht überzeugen. Zunächst: Dehler machte nicht Adenauer für die Nichtberufung in das Kabinett verantwortlich, sondern andere. Nicht ganz zu Un-

recht sah Dehler vor allem den Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Hermann Höpker Aschoff als Verantwortlichen, weil dieser offen damit gedroht hatte, mit einem Justizminister Dehler werde er nicht mehr zusammenarbeiten. Auch dem Bundespräsidenten Theodor Heuss, zu dem das Verhältnis bereits zu diesem Zeitpunkt erheblich gestört war, schob er ein gerüttelt Maß an Schuld für seine Nichtbenennung zu.

Natürlich war Dehler darüber enttäuscht, daß er nicht mehr zum Bundesjustizminister berufen wurde, zumal er – wie Udo Wengst in seiner Biographie schreibt – die Ministerjahre offensichtlich als Höhepunkt seiner politischen Karriere sah. Aber abgesehen davon, daß die schroffen Äußerungen über Adenauer aus späteren Jahren datieren, überzeugt die Deutung, Dehlers Einstellungswandel gegenüber Adenauer sei ein Reflex dieser Enttäuschung, auch aus einem anderen Grunde nicht. Dehler war kein Politiker, dem es primär um die eigene Karriere und die Erlangung von bestimmten Positionen ging, sonst hätte er in zahlreichen Situationen anders agiert.

Bereits sein mutiges Verhalten im Dritten Reich, als er nicht nur zu seiner jüdischen Frau stand, sondern zur Verärgerung der Nationalsozialisten immer wieder jüdische Mitbürger als Rechtsanwalt vertrat, zeigt, daß ihm Werte und Überzeugungen wichtiger waren als die eigene Karriere. Im Jahre 1961 schrieb Dehler einen Artikel mit der Überschrift »Wir brauchen Willen und Mut«, in dem er ausführte: »Das macht den Politiker aus: der starke, unbeugsame Wille, das aus Verantwortung und Einsicht als richtig und notwendig für die Gemeinschaft Erkannte durchzusetzen, der Mut, ohne Rücksicht auf Beifall und Mißfallen für seine Sache einzustehen.«

Das waren keine leeren Worte, sondern praktische Handlungsmaximen für den Liberalen Thomas Dehler. Immer wieder hat er sogar sich und seinem eigenen Fortkommen geschadet, weil er sich in seinen Reden über politische Fehlentwicklungen und gesellschaftliche Zustände maßlos erregte. Und so sind es auch durchaus inhaltliche, politische Gründe, die als Ursache für das Zerwürfnis mit Adenauer angeführt werden müssen.

Dehler teilte zunächst Adenauers außen- und deutschlandpolitische Konzeption, oder besser: er schien sie zu teilen. Bis in die Jahre 1953/54 unterstützte er im Großen und Ganzen Adenauers Kurs der entschiedenen Westintegration. Ein Beispiel dafür ist Dehlers Haltung zur Stalin-Note vom März 1952. Während Adenauers deutschlandpolitische Kritiker wie Paul Sethe, Rudolf Augstein,

Gustav Heinemann und Jakob Kaiser die Ablehnung des sowjetischen Vorschlags scharf kritisierten, unterstützte Dehler vorbehaltlos Adenauers Position. Eine Wiedervereinigung unter neutralem Vorzeichen lehnte Dehler entschieden ab. Das sowjetische Angebot als solches – unabhängig von der Frage seiner Ernsthaftigkeit – schien ihm nicht akzeptabel und verhandlungswürdig.

Allerdings wurden Meinungsunterschiede zu Adenauer schon kurze Zeit darauf deutlich, und zwar im Zusammenhang mit der Debatte um die Bindungsklausel. In Artikel 7, Absatz 3 des Generalvertrages zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten hieß es, auch ein wiedervereinigtes Deutschland sei an die Verpflichtungen gebunden, die die Bundesrepublik durch diesen und andere Verträge eingehen. Besonders Jakob Kaiser kritisierte, die vorgesehene Bindung stelle eine »unübersteigbar Mauer« dar, die der Wiedervereinigung entgegenstehe.

Dehler hatte einen entscheidenden Anteil an der Modifikation der Bindungsklausel im Vertragswerk. Später sah er in Adenauers Eintreten für die Bindungsklausel einen Beweis dafür, daß der Kanzler die Wiedervereinigung im Grunde gar nicht gewollt habe: »Wenn Sie erkennen wollen, was im Herzen dieses Mannes, der die deutsche Politik bestimmt, vorgeht, dann müssen Sie sich die Geschichte der Bindungsklausel vergegenwärtigen ... Sie wissen, was diese Bindungsklausel bedeutet hätte. Wenn im Falle einer Wiedervereinigung Mitteldeutschland ohne weiteres in sämtliche Vertragsverpflichtungen ... eingetreten wäre, hätte die Sowjetunion niemals zustimmen können, die Zone freizugeben. Das ist selbstverständlich. Der Herr Bundeskanzler hat diese Bindungsklausel, die die deutsche Wiedervereinigung unmöglich machte, gewollt ... Ich rechne es mir, ich rechne es den Freien Demokraten als geschichtliches Verdienst an, daß wir uns damals dagegen gestemmt haben.«

Zu weit schärferen Auseinandersetzungen, zum endgültigen Bruch zwischen Dehler und Adenauer kam es jedoch im Zusammenhang mit der Debatte um die Saarfrage. Bis dahin hatte es Spannungen gegeben, aber der Bruch war nicht unüberwindbar. Vor der Saardebatte im Januar 1955 hatte Adenauer sogar mit dem Gedanken gespielt, Dehler wieder in das Kabinett zu nehmen. Dann kam es aber zum endgültigen Zerwürfnis.

Vordergründig ging es um den Streit über das mit Frankreich ausgehandelte Saarstatut, das eine Europäisierung des Saarlandes im Rahmen der Westeuropäischen Union vorsah. Adenauer hatte

einer Europäisierung des Saargebietes zugestimmt, Dehler lehnte diese entschieden ab. In der Debatte Ende Februar 1955 ging es jedoch um mehr als um die Saar. Dehler bezeichnete die Saarfrage als eine der bedeutsamsten politischen Entscheidungen, vor die der Bundestag bisher gestellt worden sei. Dehler sprach von einer historischen Entscheidung; denn für ihn ging es darum, ob es den Westdeutschen wirklich ernst war mit dem Ziel der nationalen Einheit aller Deutschen.

Besonders ärgerte Dehler, daß Adenauer in der Bundestagsdebatte seinem Parteifreund Max Becker »Nationalismus« unterstellt hatte: Wilhelm Röpke zitierend sagte Dehler gegen Adenauer gewandt, der Nationalismus-Vorwurf sei der »Knüppel«, mit dem die anderen draußen auf uns Deutsche einschlagen. Der Ton, in dem Dehler Adenauer attackierte, war an Schärfe nicht zu überbieten. Bundespräsident Theodor Heuss meinte sogar, daß Dehler bisweilen »in die Tonart und Lautstärke Adolf Hitlers verfallen sei«.

Aus der Rückschau erklärte Dehler, der Zeitpunkt der Erschütterung seiner Beziehung zu Adenauer lasse sich genau datieren, nämlich auf diese Debatte über das Saarstatut: »Das war im Februar 1955. Das war der Streit über das Saarstatut, also über das damals zustande gekommene Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich, die Saar von Deutschland getrennt zu halten, zu europäisieren, sie in Wirklichkeit dem politischen, dem militärischen, dem wirtschaftlichen und finanziellen Einfluß Frankreichs zu überlassen ... Das hat mich erschüttert, daß der erste Versuch scheiterte, Deutsche wieder mit Deutschen zu vereinigen. Das war die große Enttäuschung, daß das, was uns zusammengeführt hatte, das, was wir im Grundgesetz festgelegt hatten, daß die Bundesrepublik ja nur etwas Vorübergehendes sein soll – eine Zwischenstufe zur deutschen Einheit sein soll – von mir und meinen Freunden ganz anders verstanden wurde als von Konrad Adenauer.«

In der Auseinandersetzung um die Saarfrage wurde für Thomas Dehler die Befürchtung zur Gewißheit, daß sich seine und Adenauers Politik nicht nur in den Methoden, sondern auch in den Absichten und Zielen grundlegend unterschieden. Die Politik der Westbindung und der europäischen Einigung waren für Dehler niemals ein Selbstzweck, sondern nur ein Mittel zu einem höheren Zweck, nämlich zur Wiederherstellung der deutschen Einheit.

Schon vor der Saardebatte war immer wieder in der Bewertung der politischen Ereignisse deutlich geworden, wie sehr sich Dehlers

und Adenauers Sichtweisen widersprachen. Als etwa im August 1954 das Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in der Französischen Nationalversammlung scheiterte, war Dehler keineswegs enttäuscht, sondern sah sich in seinen Ansichten zur europäischen Einigung bestätigt. Er meinte, mit dem Projekt hätten sich Franzosen und Deutsche ohnehin überfordert. Die am 23. Oktober 1954 unterzeichneten »Pariser-Verträge« begrüßte Dehler, aber nicht etwa deshalb weil diese ein Weg zur europäischen Einigung seien, sondern zu einem freien Zusammenfügen von Nationalstaaten.

Überhaupt war Dehler dagegen, den Europa-Gedanken zu stark in den Vordergrund zu stellen. Im Oktober 1953 warnte er etwa davor, das europäische Denken zu einem Ersatz des Staatsdenkens zu machen. Der Unterschied zu Adenauers Sichtweise wird in folgenden Sätzen deutlich: »Das Gesetz, nach dem nun nicht nur im 19. Jahrhundert, sondern auch in diesem Jahrhundert unsere Staaten angetreten sind, ist das Gesetz, daß die Menschen einer Geschichte, eines Volkes, einer gemeinsamen Sprache und Kultur zu ihrem Staate wollen. Auch im europäischen Verbände werden diese nationalen Staaten die politischen Protagonisten sein, und es wäre falsch, wenn man unserer Jugend als Surrogat eines echten Staatsgefühls den Gedanken Europas vor Augen stellen wollte.«

Immer wieder tauchte in Dehlers Reden der Vorwurf auf, daß sich viele Deutsche, um über ihre »äußerlichen und inneren Spannungen nach der Niederlage des nationalsozialistischen Reiches hinwegzukommen, als Deutsche begruben, um als Europäer wieder aufzuwachen.« Dehler war kein Gegner der europäischen Einigung, aber er zitierte in seinen Reden gerne Charles de Gaulle mit dessen Formel vom »Europa der Vaterländer«. Dies war das Europa, das sich auch Dehler vorstellte.

Friedrich Klingl hat in seiner Studie über Dehlers deutschlandpolitische Konzeption überzeugend nachgewiesen, daß sich trotz scheinbarer Übereinstimmung in den Anfangsjahren im Grunde genommen Adenauers und Dehlers Denken von Anfang an erheblich unterschieden, wobei sich Dehler dieses Gegensatzes zunächst nicht bewußt gewesen sei. Während Adenauer die nationalstaatliche Denkweise überwinden wollte, dachte Dehler ganz und gar in nationalstaatlichen Kategorien.

Eine These, die sich immer wieder in Dehlers Reden findet, lautet: der beste Weg zur wirtschaftlichen Einigung Europas sei die Besei-

tigung von Zollschranken und Barrieren zwischen den Ländern und die konsequente Durchführung einer liberalen Wirtschaftspolitik. Wenig hilfreich, ja sogar schädlich, sei hingegen die Etablierung von neuen europäischen Institutionen und Behörden und die Entstehung einer europäischen Bürokratie. In solchen Äußerungen wird der Zusammenhang zwischen Dehlers liberalem Weltverständnis und seinem europäischen Denken deutlich. Dehler mißtraute jedem Konstruktivismus, so hätte es der große liberale Theoretiker Hayek genannt. Europa, so Dehlers Überzeugung, müsse organisch wachsen und könne nicht am Schreibtisch, in Konferenzen und Beschlüssen konstruiert werden.

Vor allem aber war er der Meinung, daß sowohl in der Reihenfolge der Prioritäten als auch in der zeitlichen Reihenfolge die deutsche Einigung vor der europäischen Einigung stehen müsse. Und deshalb lehnte er alle Schritte auf dem Wege der Westintegration ab, die nach seinem Empfinden das Ziel der deutschen Wiedervereinigung beeinträchtigen könnten.

Nachdem es 1955 in der Saardebatte zum Bruch gekommen war, wurde in den folgenden Jahren der Gegensatz zwischen dem außen- und deutschlandpolitischen Weltbild Adenauers und Dehlers immer deutlicher. Wohl keine Rede Dehlers ist so berühmt geworden wie die sogenannte Abrechnungs-Rede mit Adenauer am 23. Januar 1958. Entgegen der Ansicht, daß Dehler seine Reden kaum vorbereitet habe und im Grunde nicht wußte, was er sagen werde, bevor er das Podium bestieg, hatte er diese Rede ganz besonders gründlich vorbereitet. Dem bekannten Nationalneutralisten Ulrich Noack hatte er schon zuvor einen Brief geschrieben und diesen um Material gebeten, das die verfehlte politische Konzeption Adenauers mit Zitaten belege. Er plane, so ließ er Noack wissen, eine gründliche Kritik an diesen Auffassungen Adenauers.

Die Rede wurde in der Tat zu einer deutschlandpolitischen Generalabrechnung. Aus der Rückschau bewertete Dehler bereits die Reaktion auf die Stalinnote als Zeichen dafür, daß Adenauer die Wiedervereinigung nie wirklich gewollt habe. Das Schlimmste sei, daß man nicht einmal darüber debattiert und mögliche Verhandlungschancen ausgelotet habe. Auf den Zwischenruf von CSU-Minister Richard Stücklen, was er denn damals getan habe, äußerte Dehler selbstkritisch: »Ich bin in der Regierung geblieben. Ich schäme mich, ja: Ich beneide den Heinemann wegen seines Mutes.« Gustav Heinemann hatte schon im Oktober 1950 das Kabinett verlassen,

weil er Adenauer vorwarf, die deutsche Einheit mit seiner Politik unmöglich zu machen.

In seiner Abrechnungs-Rede beschrieb Dehler die Entfremdung mit Adenauer als schmerzhaften Prozeß. Es sei für ihn ein Erkenntnisprozeß gewesen, der ihn schließlich zu der Schlußfolgerung führte, daß Adenauer die deutsche Einheit niemals gewollt habe. Später machte sich Dehler Selbstvorwürfe, daß er dies alles nicht bereits früher erkannt habe: »Ich mache mir Vorwürfe, daß wir vor fünfzehn Jahren uns zu leicht, zu widerstandslos dem Verlangen der Westalliierten gebeugt haben, die Bundesrepublik zu schaffen, damit eine Teilung Deutschlands zu vertiefen ... Ich bin wahrlich nicht schuldlos an der Entwicklung, auch solange ich Kabinettsmitglied war ... Der Vorwurf, daß wir die Situation 1952/1953 nicht klar genug erkannt haben, daß das Kabinett eigentlich ohne eigene Aktivität der Haltung Adenauers zugestimmt hat, ist dennoch kaum zurückzuweisen.«

Der Konflikt zwischen Dehler und Adenauer entzündete sich an den gleichen Streitfragen wie der Gegensatz zwischen dem Bundeskanzler und anderen deutschlandpolitischen Kritikern. Kurt Schumacher bekämpfte als Oppositionsführer den Kanzler von Anfang an, berühmt geworden ist sein Zwischenruf in einer Bundestagsdebatte, als er Adenauer als »Kanzler der Alliierten« bezeichnete. Jakob Kaiser war Adenauers wichtigster innerparteilicher Opponent – auch als Minister im Kabinett Adenauers blieb er im Grunde in der Oppositionsrolle. Gustav Heinemann war hingegen zu keinem Arrangement bereit, trat zurück und gründete sogar seine eigene Partei, die Gesamtdeutsche Volkspartei.

Nachdem es zum Bruch zwischen Dehler und Adenauer gekommen war, fiel dessen Kritik hingegen noch schärfer aus als die der meisten anderen Adenauer-Gegner. Der bekannte Publizist und Mitherausgeber der FAZ, Paul Sethe etwa, einer der vehementesten deutschlandpolitischen Kritiker Adenauers, ging nie so weit wie Dehler. Inhaltlich stimmten die Kritik von Sethe und Dehler in allen entscheidenden Punkten überein, nur in einem nicht: Sethe war immer der Auffassung, daß es ungerecht sei, Adenauer den Vorwurf zu machen, dieser habe die deutsche Einheit nicht gewollt. Adenauer, so Sethes Vorwurf, verfolge zwar das richtige Ziel, aber der Weg, den der Kanzler dorthin eingeschlagen habe, sei verfehlt und werde nicht zur Wiedervereinigung führen. Während Sethe Adenauer einen gravierenden Irrtum vorwarf, bezichtigte ihn Dehler

der vorsätzlichen Täuschung, weil Adenauer von der Wiedervereinigung rede, in seiner praktischen Politik aber alles tue, um diese zu verhindern.

Die Schärfe von Dehlers Kritik reflektiert sicherlich seine frühere Bewunderung und die spätere Enttäuschung. Dehler selbst hat dies in einem Interview mit Günter Gaus eingeräumt. Auf die Frage von Gaus, ob die Kritik an Adenauer nicht zum Teil auf ein Gefühl der enttäuschten Liebe und Verehrung zurückzuführen sei, sagte Dehler: »Er hat mich tief verletzt. Tief verletzt, weil der Glaube an ihn, der Glaube an seine Politik, der Glaube auch, daß das gesprochene Wort gilt und bindet, in schlimmer Weise erschüttert worden ist. Da war viel, viel Kränkung auch dabei; viel auch, wie Sie sagen, verletzte Liebe.«

Fast könnte man von einer Haßliebe sprechen; denn in der radikalen Gegnerschaft schwang immer noch eine Bewunderung für Adenauer mit, den Dehler noch im Oktober 1963 als hervorragenden Führer bezeichnete, der es wie kaum ein anderer verstehe, die Leitung der Dinge an sich zu ziehen.

Thomas Dehler starb nur drei Monate nach Konrad Adenauer. Udo Wengst bemerkt in seiner Biographie zu Recht, daß das Ende des kämpferischen Franken mit dem des Gründungskanzlers nahezu zusammenfiel, entbehre nicht einer gewissen Symbolik: »Da Dehlers politisches Wirken seit 1949 stets auf Adenauer bezogen war, hatte es mit dessen Tod gleichsam seinen Orientierungspunkt verloren und damit eigentlich seinen Abschluß gefunden.«